

Hans-Wilm Schütte

**Taiwan 2003:
Probleme und Ambitionen
Das Jahr zwischen SARS und
Wahlkampf –
Rückblick und Ausblick**

Einleitung

2003 wird in Taiwans Geschichte dereinst wohl vor allem wegen der atypischen Lungenkrankheit SARS in Erinnerung bleiben, die sich im April/Mai zu einer Epidemie ausweitete, zeitweise außer Kontrolle geriet und die Wirtschaftsprognosen zu Makulatur machte. Als folgenreicher jedoch könnte sich ein politisches Ereignis – oder besser: eine Verkettung solcher Ereignisse – am Jahresende erweisen: die Verabschiedung eines Referendumsgesetzes durch den Legislativ-Yuan Ende November und der Beschluss von Präsident Chen Shui-bian, das neue Instrument dafür einzusetzen, zeitgleich mit den Präsidentschaftswahlen im März 2004 in einem Plebiszit Volkes Stimme gegen die Raketen zu Gehör zu bringen, mit denen China Taiwan bedroht – das Gesetz also für – wenn auch legitime – Propagandazwecke zu nutzen. Da der Plan tendenziell Taiwans Status quo in Frage zu stellen droht, sorgte er Ende 2003 für Spannungen sowohl mit China als auch mit den USA. Worin hier die Risiken liegen und welche Intentionen damit verfolgt werden, wird unten zu diskutieren sein. Unabhängig davon zeichnete sich 2003 eine verstärkte Tendenz zu mehr taiwanischem Selbstbewusstsein ab. Interessant ist, dass die Oppositionsführer dagegen zwar Einspruch erheben und zu Vorsicht mahnen, dem Trend aber doch folgen. SARS und dessen wirtschaftliche und politische Konsequenzen sind daher ebenso ein Thema wie die altbekannte – und sich immer neu (und stets auch gewandelt) stellende Taiwan-Frage. Diese gewinnt, so wurde im Verlauf der letzten zwölf Monate deutlich, eine zunehmende ökonomische Brisanz: Je stärker China als Wirtschaftsmacht wird, umso mehr profitiert Taiwan, umso schwerer fällt es aber auch, sich dem Drang nach stärkerer Öffnung gegenüber China zu widersetzen, wobei gleichzeitig die Risiken einer solchen wachsen und immer schwerer kalkulierbar werden. Ein weiteres zukunftsweisendes Thema, das im Jahr 2003 auf die Tagesordnung kam, ist die Fortentwicklung des demokratischen Systems in Taiwan. Die von Präsident Chen angestoßene Verfassungsdebatte tangiert ebenfalls die Taiwan-Frage – und trug daher zur Beunruhigung in Beijing und Washington

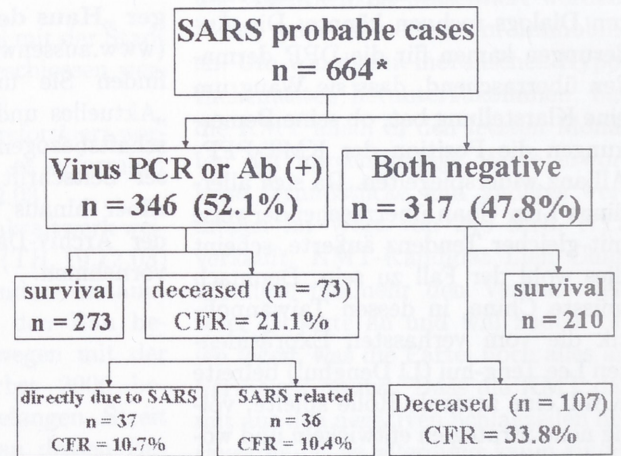
bei –, steht aber im Lande selbst in einem größeren Kontext, muss daher auch unter innenpolitischer Perspektive erörtert werden.

SARS und die Folgen

Epidemiologische Aspekte

Wie in den anderen besonders betroffenen Gebieten erhöhte die SARS-Epidemie auch in Taiwan das Bewusstsein für die Bedeutung von Seuchenvorsorge und medizinischer Forschung. Dies gilt, obwohl die Seuche im Rückblick als wenig gravierend eingestuft werden muss. Nach der Überprüfung und virologischen Analyse aller Verdachtsfälle stellten sich von 664 zunächst angenommenen Erkrankungen nur 346 – also kaum mehr als die Hälfte – als tatsächlich durch SARS ausgelöst heraus. Die Zahl der SARS-bedingten Todesopfer reduzierte sich damit von 84 auf 73 (s. Graphik 1).

Graphik 1



*: no specimen = 1

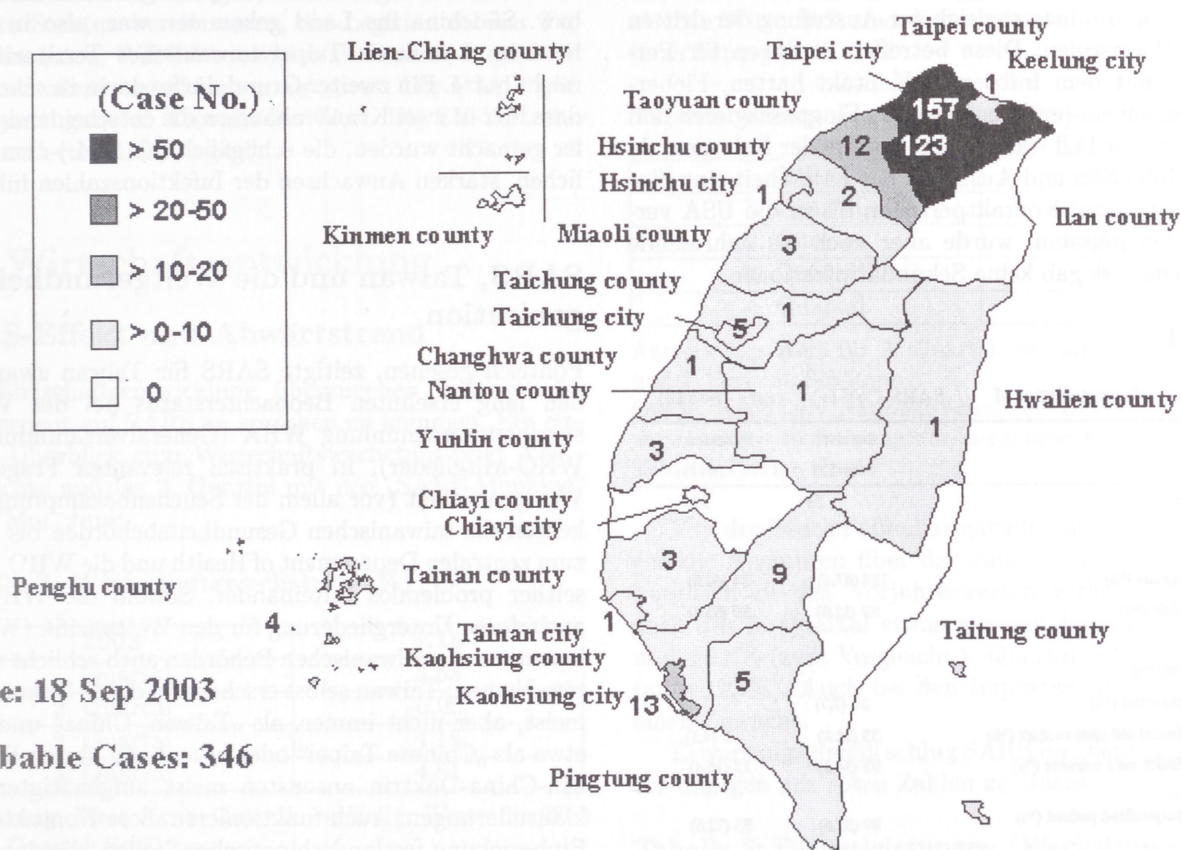
CFR: Case Fatality Rate

Quelle: Center for Disease Control, „Taiwan SARS Case Update“, unter: www.cdc.gov.tw/sarsen/Taiwan%20SARS%20Case%20Update.htm, Aufruf am 13.1.2004.

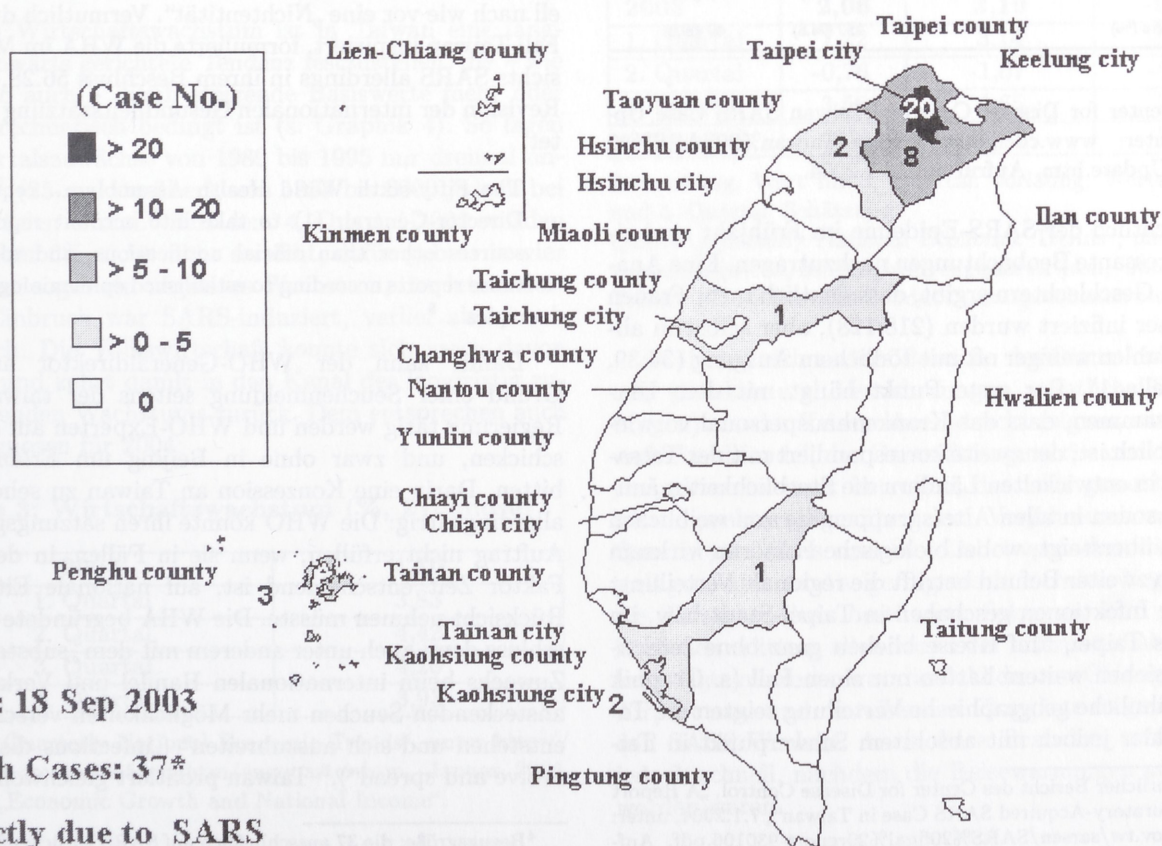
Von den 346 Betroffenen konnte bei 306 festgestellt werden, wo sie sich infiziert hatten. Rund ein Drittel (105) arbeiteten im Gesundheitswesen, waren also ganz oder vorwiegend Krankenhauspersonal, meist Krankenschwestern, 142 hatten sich als Patienten im Krankenhaus angesteckt; bei 21 war die Infektion außerhalb des Landes erfolgt, bei 38 im Kontakt mit Angehörigen zu Hause. Fälle von Infektion an anderer Stelle – zum Beispiel in öffentlichen Verkehrsmitteln, Kaufhäusern usw. – wurden nicht nachgewiesen (s. Tabelle 1). Wie sich bereits im April und Mai abgezeichnet hatte, war daher mangelnde Krankenhaushygiene bzw. mangelnde Isolation im Krankenhaus mit großem Abstand der Hauptfaktor bei der Ausbreitung der Seuche.¹ Als im Dezember ein neuer SARS-Fall in die Schlagzeilen geriet, war der Infizierte bezeichnenderweise ebenfalls jemand, der mit dem Virus beruflich zu tun hat-

¹Vgl. C.a., 2003/4, Ü 36, 2003/5, Ü 42.

Graphik 2: Geographical Distribution of SARS Probable Cases in Taiwan



Graphik 3: Geographical Distribution of SARS Death Cases in Taiwan



Quelle: Jeweils Center for Disease Control, „Taiwan SARS Case Update“, unter: www.cdc.gov.tw/sarsen/Taiwan%20SARS%20Case%20Update.htm, Aufruf am 13.1.2004.

te, und zwar als Wissenschaftler im Forschungslabor. Der Fall wurde am 17. bestätigt, 10 Tage nach Ausbruch der Krankheit, und führte sogleich zur Ausrufung der dritten von vier Warnstufen. Diese betreffen Auflagen für Personen, die mit dem Infizierten Kontakt hatten, Fiebermessungen bei ein- und ausreisenden Flugpassagieren und Ähnliches.² Der Fall war von internationaler Relevanz, da zwischen Infektion und Ausbruch der Krankheit eine Singapurreise lag und Kontaktpersonen bis in die USA verfolgt werden mussten, wurde aber noch bis Jahresende abgeschlossen; es gab keine Sekundärinfektionen.

Tabelle 1

Demographic characteristics of variable	SARS CoV (+) Survival n=273	cases (n=346) Deceased n=73
Age mean	38	57.5
Sex		
Female (%)	184 (67.4)	34 (46.6)
Male (%)	89 (32.6)	39 (53.4)
Contact tracing		
Imported (%)	21 (7.7)	
Household close contact (%)	35 (12.8)	3 (4.1)
Health care workers (%)	93 (34.1)	12 (16.4)
Hospitalized patient (%)	89 (32.6)	53 (72.6)
To be identified (%)	35 (12.8)	5 (6.8)
Coexisting medical disorder		
Yes (%)	14 (5.2)	22 (31.0)
No (%)	257 (94.8)	49 (69.0)

Quelle: Center for Disease Control, „Taiwan SARS Case Update“, unter: www.cdc.gov.tw/sarsen/Taiwan%20SARS%20Case%20Update.htm, Aufruf am 13.1.2004.

Hinsichtlich der SARS-Epidemie im Frühjahr sind einige interessante Beobachtungen nachzutragen. Eine Analyse nach Geschlechtern ergibt, dass deutlich mehr Frauen als Männer infiziert wurden (218:128), aber selbst in absoluten Zahlen weniger oft mit tödlichem Ausgang (34:39, vgl. Tabelle 1). Der erste Punkt hängt mit dem Umstand zusammen, dass das Krankenhauspersonal vorwiegend weiblich ist, der zweite korrespondiert mit der Tatsache, dass in entwickelten Ländern die Sterblichkeit männlicher Personen in allen Altersgruppen die von weiblichen Personen übersteigt, wobei biologische Faktoren wirksam sind.³ Ein zweiter Befund betrifft die regionale Verteilung: 80% aller Infektionen geschahen in Taipei-Stadt bzw. im Landkreis Taipei, fünf Kreise blieben ganz ohne Infektionsfälle, sieben weitere hatten nur einen Fall (s. Graphik 2). Eine ähnliche geographische Verteilung zeigten die Todesfälle, hier jedoch mit absolutem Schwerpunkt in Tai-

pei-Stadt (Graphik 3).⁴ Ein Grund hierfür war offenbar, dass die Krankheit durch Flugpassagiere aus Hongkong bzw. Südchina ins Land gekommen war, also in Taipei bzw. im Landkreis Taipei taiwanisches Territorium erreicht hatte. Ein zweiter Grund dürfte darin zu sehen sein, dass hier in zwei Krankenhäusern die entscheidenden Fehler gemacht wurden, die schließlich (ab 23.4.) zum plötzlichen, starken Anwachsen der Infektionszahlen führten.

SARS, Taiwan und die Weltgesundheitsorganisation

Politisch gesehen, zeitigte SARS für Taiwan zwar nicht den lang ersehnten Beobachterstatus bei der Weltgesundheitsversammlung WHA (Generalversammlung der WHO-Mitglieder), in praktisch relevanten Fragen der Weltgesundheit (vor allem der Seuchenbekämpfung) verkehren die taiwanischen Gesundheitsbehörden bis hinauf zum zentralen Department of Health und die WHO jedoch seither problemlos miteinander. Sowohl die WHO wie auch deren Untergliederung für den Westpazifik (WPRO) benennen die taiwanischen Behörden auch schlicht mit ihrem Namen; Taiwan selbst erscheint in deren Dokumenten meist, aber nicht immer, als „Taiwan, China“ und nicht etwa als „Chinese Taipei“ oder in anderen, durch Beijings Ein-China-Doktrin ansonsten meist aufgenötigten Verklammerungen. Auch funktionieren diese Kontakte ohne Einbeziehung festlandschinesischer Stellen, die darauf im Sinne von ihrem international anerkannten Alleinvertretungsanspruch sowie gemäß der WHO-Satzung ein Anrecht hätten. Taiwan ist gegenüber der WHO zwar offiziell nach wie vor eine „Nichtentität“. Vermutlich durch den Fall Taiwan inspiriert, formulierte die WHA im Mai angesichts SARS allerdings in ihrem Beschluss 56.28, der eine Revision der internationalen Gesundheitssatzung beinhaltet:

The Fifty-sixth World Health Assembly, ... requests the Director-General: (1) to take into account reports from sources other than official notifications, and to validate those reports according to established epidemiological principles ...⁵

Damit kann der WHO-Generaldirektor auch auf Grund einer Seuchenmeldung seitens der taiwanischen Regierung tätig werden und WHO-Experten auf die Insel schicken, und zwar ohne in Beijing um Erlaubnis zu bitten. Darin eine Konzession an Taiwan zu sehen, wäre allerdings irrig: Die WHO könnte ihren satzungsgemäßen Auftrag nicht erfüllen, wenn sie in Fällen, in denen der Faktor Zeit entscheidend ist, auf nationale Eitelkeiten Rücksicht nehmen müsste. Die WHA begründete den Beschluss denn auch unter anderem mit dem „substanziellen Zuwachs beim internationalen Handel und Verkehr, der ansteckenden Seuchen mehr Möglichkeiten verschafft, zu entstehen und sich auszubreiten“ („infectious diseases to evolve and spread“).⁶ Taiwan profitiert gleichwohl.

²Ausführlicher Bericht des Center for Disease Control, „A Report on the Laboratory-Acquired SARS Case in Taiwan“, 7.1.2004, unter: www.cdc.gov.tw/sarsen/SARS%20final%20report-930106.pdf, Aufruf am 13.1.2003.

³S. Arjan Gjonca, Cecilia Tomassini, James W. Vaupel, *Male-female Differences in Mortality in the Developed World*, Rostock: Max-Planck-Institut für demografische Forschung 1999, S.1, 4f.

⁴Bezugsgröße: die 37 ausschließliche auf SARS zurückzuführenden Todesfälle; vgl. Tabelle 1.

⁵Im Internet unter <http://www.who.int/governance/en/>, Verknüpfung „World Health Assembly- Resolutions and Decisions“.

⁶Ebenda.

Mit Genugtuung konnten Taiwans Volk und Regierung zudem zur Kenntnis nehmen, dass maßgebliche nicht verbündete Staaten bereit waren, die Legitimität von Taiwans Ansinnen, WHO-Beobachter zu werden, in größerer Zahl und offener anerkannt als zuvor. Die USA ergriffen sogar zugunsten Taiwans das Wort. Die EU-Vertreter argumentierten nicht dagegen.

Die Wirtschaftsentwicklung

SARS-Effekt und Abwärtstrend

Zur Wirtschaftsentwicklung überzugehen bedeutet für 2003, erneut auf SARS zu sprechen zu kommen. Ein einfacher Überblick zum Wirtschaftswachstum zeigt dies – man achte auf das 2. Quartal mit den „SARS-Monaten“ April, Mai, Juni:

Tabelle 2: Wirtschaftswachstum (%)

2003	3,15
1. Quartal	3,53
2. Quartal	-0,08
3. Quartal	4,18
4. Quartal	4,81

Anmerkung: Wert für 3. Quartal: vorläufig; Werte für 2003 und 4. Quartal: Schätzung.

Quelle: „Quarterly National Economic Trends“, unter <http://www.stat.gov.tw/bs5/enghtm/engquarter.htm>, Januar 2004, Tabelle „Economic Growth and National Income“.

Beim Wirtschaftswachstum ist in Taiwan eine langfristig abwärts gerichtete Tendenz festzustellen, die – wie anderswo auch – durch steigende Basiswerte mehr oder minder rechnerisch bedingt ist (s. Graphik 4). So lagen die Quartalszuwächse von 1989 bis 1995 nur dreimal unter 61%⁷ (25-mal darüber), von 1995 bis 2000 jedoch bei 20 Quartalen elfmal.⁸ Seit dem 4. Quartal 2000 wurden Werte über 6% nicht mehr erreicht, dafür gab es in vier Quartalen sogar ein negatives Wachstum, der letzte derartige Einbruch war SARS-induziert, verlief aber noch glimpflich. Die Volkswirtschaft konnte sich rasch davon erholen und kehrt damit in den Kanal des langfristig zurückgehenden Wachstums zurück. Dem entsprechen auch die Prognosen für 2004:

Tabelle 3: Wirtschaftswachstum (%), Prognose

2004	4,10
1. Quartal	3,83
2. Quartal	4,42
3. Quartal	4,20
4. Quartal	3,93

Quelle: „Quarterly National Economic Trends“, unter <http://www.stat.gov.tw/bs5/enghtm/engquarter.htm>, Januar 2004, Tabelle „Economic Growth and National Income“.

⁷ Jeweils gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

⁸ Nach *Quarterly National Economic Trends*, diverse Ausgaben, jeweils Tabelle 1: „Key Economic Indicators“.

Als Hauptgrund für die nach dem Krisenjahr 2001 und der SARS-Delle rasch wiedergewonnene Stärke der taiwanischen Wirtschaft sind die anhaltenden kräftigen Exporte zu benennen:

Tabelle 4: Exporte (in Mio. US\$)

2003	142.759
1. Quartal	32.498
2. Quartal	34.316
3. Quartal	36.479
4. Quartal	39.465

Anmerkung: Wert für 3. Quartal: vorläufig; Werte für 2003 und 4. Quartal: Schätzung.

Quelle: „Quarterly National Economic Trends“, nach <http://www.stat.gov.tw/bs5/enghtm/engquarter.htm>, Januar 2004, Tabelle „Foreign Trade“.

Von der Seuche offenbar gänzlich unbeeindruckt, stiegen die Ausfuhren über das Jahr weiter an; lediglich im Vergleich zu den Vorjahreswerten verliefen das 2. und auch das 3. Quartal etwas weniger dynamisch mit +3,6 und +9,6% (zum Vergleich: 1. Quartal: +11,4%, 4. Quartal: +12,7%). Auch bei den Importen sah jedes Quartal einen Zuwachs.

Erwartungsgemäß schlug SARS im Dienstleistungssektor dagegen mit roten Zahlen zu Buche:

Tabelle 5: Dienstleistungen (Wachstum in %)

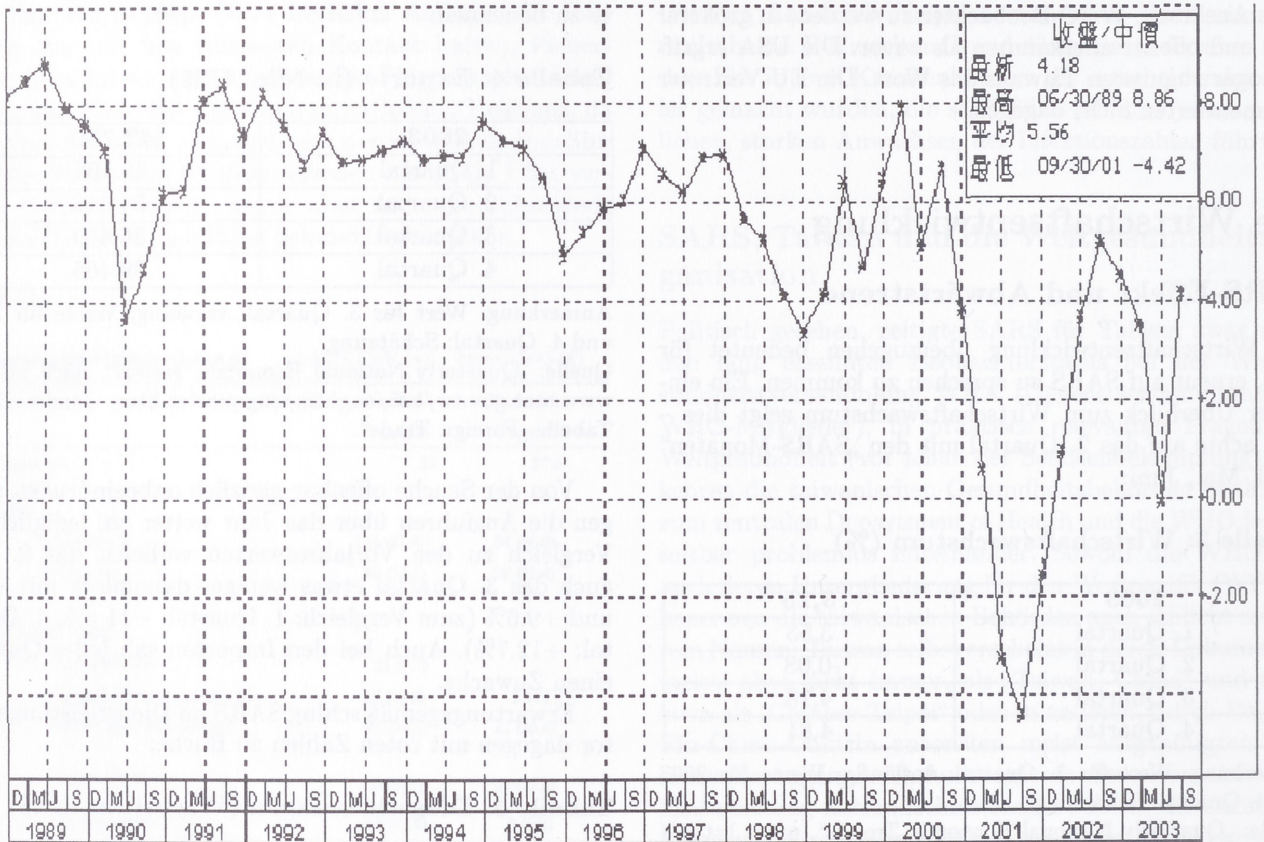
	gesamt	Handel, Gaststätten	Transport, Kommun.
2003	2,06	3,19	-0,24
1. Quartal	1,22	3,14	-0,76
2. Quartal	-0,76	-1,07	-6,92
3. Quartal	3,56	4,65	1,58
4. Quartal	4,08	5,62	5,07

Anmerkung: Wert für 3. Quartal: vorläufig; Werte für 2003 und 4. Quartal: Schätzung.

Quelle: „Quarterly National Economic Trends“, nach <http://www.stat.gov.tw/bs5/enghtm/engquarter.htm>, Januar 2004, Tabelle „Gross Services Product“, entsprechende Rubriken.

Während sich andere Bereiche des Dienstleistungssektors (Banken und Versicherungen, staatliche Dienstleistungen) von der Krise unbeeindruckt zeigten, waren Groß- und Einzelhandel, das Gaststättengewerbe und der Transportsektor so stark betroffen, dass der gesamte Dienstleistungssektor gegenüber dem Vorjahreszeitraum im 2. Quartal ins Minus rutschte. Dabei verdecken die nur einstelligen, also relativ gering erscheinenden Negativwerte die Tatsache, dass bestimmte Sektoren sehr erhebliche Einbußen erlitten, allen voran der internationale Flugverkehr. Niemals zuvor war die Zahl der am Chiang-Kaishek-Airport aus- und einreisenden Fluggäste so gering wie in den SARS-Wochen. Auch diese Branchen erholten sich jedoch schnell, nachdem die Reisewarnungen aufgehoben worden waren.

Graphik 4: Wirtschaftswachstum 1989-2003 (%)



Copyright: President Capital Management Corp. (Tong-yi Zhonghe Zhengquan), Taipei.
 Quelle: http://www.pscnet.com.tw/psc/2001/update/maintain/special_report/031120-1.pdf.

Taiwans Wettbewerbsfähigkeit – und einige Schwächen

Hinsichtlich seiner Attraktivität als Investitionsstandort konnte Taiwan auch im Jahr 2003 wieder mit einer sehr günstigen Einstufung im internationalen Wettbewerb der Volkswirtschaften aufwarten. Sowohl der *Global Competitiveness Report* (GCR) des Weltwirtschaftsforums von Davos als auch das *World Competitiveness Yearbook* (WCY) von IMD gaben dem Land in ihren 2003 erschienenen neuesten Analysen zahlreicher Volkswirtschaften gute Noten – jedenfalls gute Endnoten.

Auf beiden Ranglisten konnte Taiwan seine Position gegenüber dem Vorjahr noch etwas verbessern. Beim GCR steht es besonders gut da, wenn man die kleinen Länder (unter 20 Mio. Einwohner) aussortiert, für die das WCY eine eigene Rubrik eingerichtet hat: Dann folgt Taiwan gleich nach den USA an zweiter Stelle. Ist also wirtschaftlich alles in bester Ordnung, glänzt sogar mehr und mehr?

Tabelle 6: Ranglisten Wettbewerbsfähigkeit (in Klammern: Rang im Vorjahr)

Rang	nach GCR	nach WCY, Rubrik >20 Mio. Einwohner
1	Finnland (1)	USA (1)
2	USA (2)	Australien (3)
3	Schweden (3)	Kanada (2)
4	Dänemark (4)	Malaysia (6)
5	Taiwan (6)	Deutschland (4)
6	Singapur (7)	Taiwan (7)
7	Schweiz (5)	Großbritannien (5)
8	Island (12)	Frankreich (9)
9	Norwegen (8)	Spanien (8)
10	Australien (10)	Thailand (13)

Quelle: Für GCR das „Executive Summary“, www.weforum.org/pdf/Gcr/GCR_2003_2004/Executive_Summary.pdf; für WCY das „World Competitiveness Scoreboard 2003“, www02.imd.ch/documents/wcy/content/ranking.pdf.

Tabelle 7: Taiwans Wettbewerbsfähigkeit nach Sektoren, 1999-2003 (Rangstufen)

	1999	2000	2001	2002	2003
Wirtschaftskraft	8	12	12	17	11
Verwaltungseffizienz	5	6	7	9	6
Unternehmens-effizienz	2	4	3	4	4
Infrastruktur	7	7	7	7	7

Quelle: *IMD World Competitiveness Yearbook 2003*, Tabelle „Factor Rankings“:

Beide Analysen beruhen auf einer großen Zahl von Einzelkriterien, die wiederum zu Sektoren zusammengefasst werden. Auf der Basis einer solchen detaillierteren Betrachtung wird erkennbar, dass Taiwans Wettbewerbsfähigkeit durchaus noch Schwächen aufweist, in manchen Bereichen sogar erhebliche. Einen ersten Eindruck gibt WCY mit einer Untergliederung nach vier Sektoren, die die Wettbewerbsfähigkeit beeinflussen, und der Entwicklung von Taiwans Rangstufung in diesen Sektoren über die letzten 5 Jahre (s. Tabelle 7).

Demnach war Taiwan 1999 schon einmal besser positioniert als heute. Ebenso gilt, dass dramatische Veränderungen nicht erkennbar sind, abgesehen von den Werten aus 2002, die die Krise von 2001 – negatives Wachstum, politische Blockade – widerspiegeln. Taiwans Schwächen, die sich in dieser Tabelle kaum andeuten, macht der Länderbericht („Country Profile“) des GCR deutlich. Darin zeigt sich, dass sich Taiwan auf vielen Bereichen nur im Mittelfeld der 102 untersuchten Staaten bzw. Volkswirtschaften bewegt. Demnach zählen zu den „merklichen wettbewerbslichen Nachteilen“ die folgenden Punkte (in Klammern: Rangstufe unter 102 Volkswirtschaften)

- ungenügende richterliche Unabhängigkeit (37)
- organisiertes Verbrechen (36)
- mangelnde Zuverlässigkeit der Banken (73)
- Geldwäsche durch Banken (37)
- Eigentumseinschränkungen für Ausländer (53)
- mangelnde Effektivität der gesetzgebenden Organe (46)

Dies sind nur einige Beispiele aus einer langen Liste, die natürlich in der Summe kompensiert werden durch die Stärken, die sich in den Bereichen Technologie und Forschung finden.

Ergänzt werden diese Befunde durch Umfrageergebnisse, die ebenfalls für das „Country Profile“ des GCR gewonnen wurden. Und zwar wurde in Taiwan tätigen Geschäftsleuten die Frage gestellt, welches die fünf wichtigsten Probleme bei ihrer unternehmerischen Tätigkeit im Lande seien; diese Antworten waren jeweils zu gewichten von 1 = höchst problematisch bis 5. Die Auswertung ergab Folgendes:

Tabelle 8: Probleme für Geschäftstätigkeit laut Umfrage (% der Antworten)

fehlende Stabilität der Politik	25
fehlende Stabilität der Regierung	15
restriktive Arbeitsgesetze	10
ineffiziente Bürokratie	10
ungenügende Infrastruktur	9
schlechte Finanzierungschancen	8
Steuerrecht	6
Höhe der Steuern	4
ungenügend ausgebildete Arbeitskräfte	4
Korruption	3
Kriminalität	2
mangelndes Arbeitsethos	2
Devisenrecht	2
Inflation	2

Quelle: *Global Competitiveness Report, Country Profile Taiwan*, www.weforum.org/pdf/Gcr/GCR_2003_2004/Taiwan.pdf. Die Summe 102 (statt 100) beruht offenbar auf Rundungen.

Die Tatsache, dass nur 6% das Steuerrecht hinderlich finden, lässt Taiwan aus deutscher Perspektive nahezu als paradiesisch erscheinen. Bemerkenswerter als die kleineren Unpässlichkeiten, die eher den Eindruck machen, sie hätten als Listenfüller erhalten müssen, ist freilich die Unzufriedenheit mit der Politik und dem politischen System, die aus den ersten beiden Positionen spricht und ganz offensichtlich mit dem Gegeneinander von Regierung und Opposition zusammenhängt sowie mit dem daraus resultierenden Fehlen einer konsistenten Wirtschaftspolitik. Dahinter wiederum stehen die erheblichen strukturellen Mängel im politischen System Taiwans.

Besonders systematisch und offen setzt sich stets die amerikanische Handelskammer in Taipei mit Taiwans Strukturproblemen auseinander und veröffentlicht ihre Erkenntnisse regelmäßig – so auch 2003 – in einem *Taiwan White Paper*.⁹ Demnach brachte die Handelskammer im Laufe der zurückliegenden zwölf Monate¹⁰ gegenüber taiwanischen Regierungsvertretern über 50 Gesichtspunkte zur Sprache, die Taiwans Standortqualität mindern und Regierungshandeln erfordern. Das Weißbuch fasst diese Gesichtspunkte zu folgenden Problemfeldern zusammen:

- Einwirken der Regierung auf Personalentscheidungen der Betriebe. Hier wird moniert, dass das Einstellen von Personal Restriktionen unterliegt und Betriebe die Qualität neuer Mitarbeiter nicht nur nach eigenen Kriterien treffen können, sondern Vorgaben der Regierung zu beachten haben. Die Handelskammer sieht dies in einem größeren Zusammenhang: „In dem von Regulierungen bestimmten Umfeld lebt insgesamt noch die paternalistische Einstellung der Kommandowirtschaft fort, statt dass unternehmerische Innovation erleichtert würde“. Besonders für kleine und mittlere Unternehmen entstünden dadurch unverhältnismäßige Belastungen.

⁹The American Chamber of Commerce in Taipei, *2003 Taiwan White Paper*, Taipei, Mai 2003.

¹⁰Vermutlich Mai 2002 bis April 2003.

- Restriktionen für ausländische Bieter bei Infrastrukturprojekten. Da international anerkannte Unternehmen sich deswegen nicht für Taiwan interessierten, fehle es dem Land noch immer an einer verlässlichen, qualitätvollen Energie- und Wasserversorgung. Auch Müll- und Abwasserentsorgung blieben hinter den Standards entwickelter Länder zurück, Gleiches gelte für Logistik und Telekommunikation sogar im Vergleich zu asiatischen Wettbewerbern. Die Regierung sei gefordert, Taiwan dem internationalen Preis- und Qualitätswettbewerb zu öffnen.
- Mängel im Gesundheitswesen. Das Papier spricht hier Fragen der Krankenversicherung, Nachteile für ausländische Pharma- und Medizinfirmen und andere eher allgemeine Fragen an.
- Nicht abgeschlossene Restrukturierung des Finanzwesens. Auch sei eine weitere Liberalisierung nötig, um Taiwans Finanzmarkt stärker ausländischen Firmen zu öffnen.
- Unzureichender Schutz geistigen Eigentums. Taiwans Entwicklungsziel einer wissenschaftlich gestützten Gesellschaft sei ohne den Schutz geistigen Eigentums nicht erreichbar. Nötig seien ein verschärftes Vorgehen gegen Verstöße und abschreckende Strafen sowie ein allgemeines Bewusstsein von der Bedeutung, die der Schutz geistigen Eigentums für die Wirtschaftskraft des Landes besitzt.
- Fortzuführender Kampf gegen Korruption, vor allem gegen die Verbindung zwischen Politik und organisierter Kriminalität („schwarzes Gold“). Besonders in der Bauindustrie, der Energieversorgung, dem Umweltschutz und in der Chemie sei diese Form der Kriminalität noch virulent. Unter anderem wird eine Reform der Insolvenzgesetze vorgeschlagen.

Die zwei letztgenannten Punkte fanden 2003 vielfach auch in den Tagesmedien Niederschlag. Transparency International (TI), das in Berlin ansässige Zentrum der Aufklärung über Korruption weltweit, gab Taiwan in seinem neuesten Bericht¹¹ eine Note von 5,7 auf einer Skala von 0 (nichts ohne Bestechung) bis 10 (frei von Bestechung); damit lag Taiwan gleichauf mit Botswana auf Rang 30 von 133 Staaten – nicht ganz schlecht, aber noch stark verbesserungsbedürftig, umso mehr, als Korruption Rechtsunsicherheit und Intransparenz bedeutet und damit vor allem für ausländische Investoren ein Hindernis darstellt. In seinem *Global Corruption Report 2003*, Kapitel „East Asia“, würdigt TI die diversen Aspekte des – vor allem von Justizminister Chen Ding-nan unterstützten – Kampfes gegen Korruption. Auch hier spielt das Gegeneinander von Regierung und Opposition eine hinderliche Rolle, zumal die KMT an einer Aufklärung der zahlreichen Skandale, in die sie als ehemals allein herrschende Partei verwickelt ist, nicht sonderliches Interesse hat. Obendrein ist auch der PFP-Vorsitzende James Soong (ehemals KMT) in Schwarzgeldskandale verwickelt, die nicht richtig auf-

geklärt wurden.¹² Seit dem Ende der KMT-Ära gehört Bestechung freilich nicht unbedingt mehr zum guten Ton oder gilt als lässliche Sünde. Besonders auf lokaler Ebene sieht dies freilich noch anders aus, worauf auch das Weißbuch der amerikanischen Handelskammer hinweist. Eine wichtige positive Rolle im Prozess, das Bewusstsein für die schädlichen Folgen aktiver und passiver Bestechung zu schärfen, spielt heute dank freier Presse die Medienberichterstattung. Insgesamt darf mit einer Verbesserung der Noten auch nach den strengen Kriterien von TI in den nächsten Jahren gerechnet werden. Die Rückkehr des Präsidentenamts in die Hand der KMT, die den finsternen Seiten des alten Regimes noch immer verhaftet ist, würde freilich einen Rückschlag bedeuten.

Anhaltende Verstöße gegen geistige Eigentumsrechte beklagte nicht nur das Weißbuch der Handelskammer, sondern veranlassten auch 2003 wieder die USA, Taiwan öffentlich an den Pranger zu stellen.¹³ Das Problem ist für Taiwan von erheblicher Relevanz, da ohne seine Lösung ein angestrebtes Freihandelsabkommen mit den USA nicht erreichbar sein wird. Es geht hierbei keineswegs nur um Video-CDs oder Raubdrucke. Auch Warenschutz und Produktforschung spielen eine Rolle. Nachdem im Juni Copyright-Verletzungen endlich ins Strafrecht aufgenommen wurden,¹⁴ waren auf einer Konferenz im Oktober, an der Repräsentanten US-amerikanischer Biotechnikfirmen teilnahmen, auch einmal freundlichere Töne zu hören.¹⁵ Tatsache ist, dass Taiwans Regierung die Bedeutung des Problems sieht und sich seiner Lösung mit einigem Nachdruck widmet, umso mehr, als Taiwan wegen seiner außenpolitischen Isolation auf ein makelloses Erscheinungsbild besonders bedacht sein muss.

Der Kampf gegen Korruption und Verstöße gegen geistige Eigentumsrechte ist für Taiwans Regierung Teil eines ganzen Bündels von Maßnahmen zur Standortverbesserung.¹⁶ 2003 deutete sich an, dass diese Bemühungen bei Investoren auch entsprechende Beachtung finden. Jedenfalls kam der von 2000 bis 2002 zu verzeichnende starke Rückgang der ausländischen Investitionen in Taiwan 2003 nahezu zum Stillstand.¹⁷

Ein letzter Punkt sei hier im Vorgriff auf den folgenden Abschnitt erwähnt: Das Weißbuch der US-Handelskammer sieht im Fehlen direkter Verkehrsverbindungen mit China einen der dringend zu beseitigenden Nachteile. Mehr Offenheit in dieser Frage wäre für Taiwan wichtig, um den Prozess einer „Marginalisierung“ aufzuhalten, in den die taiwanische Volkswirtschaft nach Ansicht der Weißbuchautoren geraten ist. Die derzeitigen wirtschaftlichen Kerndaten stützen dieses Urteil zwar nicht unbedingt, aber alle Wirtschaftsexperten sind sich einig, dass eine solche Marginalisierung akut wird, sofern Taiwan nötige Reformschritte weiterhin hinauszögert.

¹²Zahlreiche Presseberichte, z.B. TT, 3.3.2003, s.a. Taiwan Security Research, 30.1.2003, <http://taiwansecurity.org/TN/2003/TN-013003.htm>.

¹³Vgl. C.a., 2003/1, Ü 41.

¹⁴Vgl. C.a., 2003/6, Ü 40.

¹⁵S. TH, 22.10.2003.

¹⁶Zum Beispiel im 2002 vorgestellten Sechsjahresplan, s. hierzu C.a., 2003/1, S.37.

¹⁷Auf der Basis der Monate Januar bis November -0,6% gegenüber dem Vorjahreszeitraum, <http://www.moea.gov.tw/>, „Economic Indicators“, Tabelle D-7.

¹¹Transparency International *Corruption Perceptions Index 2003*, Berlin 2003.

Taiwan und China

Im Verhältnis der verfeindeten „entfernten Verwandten“ (so eine Charakterisierung, mit der Vizepräsidentin Annette Lü der anderen Seite einst gehässige Kommentare entlockte) hat sich 2003 wieder einmal nichts bewegt – jedenfalls nicht in Richtung Entspannung. Am Jahresanfang sah es für eine Weile noch günstiger aus, als relativ kurzfristig Charterflüge taiwanischer Fluggesellschaften zwischen Taipei und Shanghai zustande kamen, mit denen in der Region Shanghai arbeitende Taiwaner bequemer als sonst für die Neujahrsfeiertage nach Haus fliegen konnten.¹⁸ Die Hoffnung auf eine baldige Neuauflage solcher Flüge – womöglich noch in kundenfreundlicher Form, nämlich ohne Zwischenlandung in Hongkong oder Macau – erfüllte sich jedoch nicht. Eine Neuauflage des Modells zum Neujahrsfest 2004 hätte im Dezember 2003 beschlossen werden müssen, scheiterte aber aus einer Reihe von Gründen, vor allem weil Taiwans Regierung davor zurückschreckt, nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit auch chinesischen Fluggesellschaften Landrechte einzuräumen, ohne dass für Taiwan sicherheitsrelevante Fragen zuvor in offiziellen Gesprächen geklärt worden wären.¹⁹ Der Verzicht auf eine Neuauflage entspricht der Politik von Präsident Chen Shui-bian: Er hatte sich im März 2003 darauf festgelegt, dass es bis zum Ende seiner Amtszeit (Mai 2004) keine direkten Verkehrsverbindungen – und damit sind vor allem die besonders stark vermissten Flugverbindungen gemeint – geben werde.²⁰ Auch Frachtcharterflüge, die im September in Reichweite schienen, kamen aus denselben Gründen nicht zustande.²¹

Schon gar nichts geändert hat sich am Grundproblem: Chinas Alleinvertretungsanspruch führt dazu, dass für Beijing offizielle Gespräche mit taiwanischen Regierungsstellen tabu sind: Sie würden die Anerkennung der „taiwanischen Autoritäten“ bedeuten. Um das zu verhindern, fordert man von Taiwan, vor Beginn von Verhandlungen die Ein-China-Doktrin anzuerkennen. Taiwan dagegen besteht auf Gesprächen „in gleicher Augenhöhe“. Seine demokratisch gewählte Regierung kann unmöglich eine Ein-China-Doktrin anerkennen und damit die eigene Souveränität aufs Spiel setzen, ohne dass mindestens zuvor in offiziellen Gesprächen geklärt würde, was eine solche Anerkennung bedeuten soll. Als Ausweg wurde einst der halboffizielle Dialog zwischen der taiwanischen Straits Exchange Foundation (SEF) und der Association for Relations Across the Taiwan Straits (ARATS) auf der Gegenseite ins Leben gerufen. Der allerdings liegt seit Jahren brach, da die betreffenden Organisationen von den jeweiligen Regierungen am kurzen Zügel geführt werden und China auch hierfür auf einer Vorab-Anerkennung der Ein-China-Doktrin besteht. China setzt immer mehr auf die eigene Magnetwirkung vor allem gegenüber Taiwans Wirtschaft und argumentiert dazu unverhohlen mit den Interessen der taiwanischen Unternehmer.

Die Sicherheitslage und die Entwicklung der Taiwan-Identität

Der Status quo hat sich 2003 allerdings durch die Aufrüstung auf chinesischer Seite zuungunsten Taiwans verschoben. Es ist evident, dass China sein militärisches Drohpotenzial gegenüber Taiwan verstärkt. In Taiwan werden vor allem die Mittelstreckenraketen wahrgenommen, die die andere Seite gegenüber der Insel in Position gebracht hat und weiter bringt: Ihre Zahl innerhalb von 600 km Entfernung wuchs bis zum Jahresende auf rund 500.²²

Taiwans Präsident verwies gegen Jahresende verstärkt auf dieses Drohpotenzial, um die Bevölkerung um die Regierung zu scharen. Um zusätzlich noch alle Welt auf diese Bedrohung aufmerksam zu machen, formulierte er seinen Plan eines „defensiven Referendums“ (siehe unten). Unabhängig davon gewann eine auch von Nichtregierungsinstitutionen getragene Bewegung zur Stärkung taiwanischer Identität an Schwung. Höhepunkt war eine Großdemonstration am 6. September in Taipei; die Teilnehmer forderten, den offiziellen Staatsnamen „Republik China“ durch „Taiwan“ zu ersetzen und unter diesem Namen erneut die UNO-Mitgliedschaft zu beantragen.²³ Bereits zuvor hatte Taiwan begonnen, neue Reisepässe auf dem Deckel mit dem Zusatz „Taiwan“ auszustatten.²⁴ Auch im schulischen Geschichtsunterricht verabschiedet man sich auf Beschluss des Bildungsministeriums von der chinesischen Identität zugunsten einer taiwanischen.²⁵

Beides zusammen – das Bewusstsein einer wachsenden Bedrohung durch China und die Bewegung zur Stärkung taiwanischer Identität – scheinen einen allmählichen öffentlichen Meinungswandel zu bewirken. Darauf könnten jedenfalls die Antworten hindeuten, die der Rat für Festlandsfragen (Mainland Affairs Council, MAC)²⁶ auf die Fragen erhielt, die es mehrmals im Jahr zur Erkundung der öffentlichen Meinung zu China und zur Chinapolitik stellt. Abgesehen von gelegentlichen Schwankungen oder Ausschlägen – z.B. bei Militäraktionen der VR China – sind diese Umfrageergebnisse seit Jahren ohne klare Tendenz und zeigen nur langfristig (über mindestens sieben Jahre) einen allmählichen Rückgang der Wiedervereinigungsbefürworter.²⁷ Auch 2003 sah keine dramatischen Veränderungen, ließ aber doch so etwas wie einen Trend erkennen.

Die zentrale erste Frage lautet: Wiedervereinigung oder Unabhängigkeit? Befragte müssen sich unter sechs Antworten entscheiden:

1. Status quo jetzt, Entscheidung später,
2. Status quo unbegrenzt,
3. Status quo jetzt, Unabhängigkeit später,
4. Unabhängigkeit möglichst bald,
5. Status quo jetzt, Wiedervereinigung später,
6. Wiedervereinigung möglichst bald.

¹⁸Vgl. C.a., 2003/1, Ü 37, 2003/2, Ü 4.

¹⁹CNAT referierte am 29.12. (nach BBC PF, 29.12.2003) folgende Äußerung von Premierminister Yu Shyi-kun (You Xikun) zu dem Thema: „... the idea of running the charter flights again this Chinese New Year [22.1.2004] ... have (!) come to naught because Beijing has shown no intention of consulting with Taiwan on the issue.“

²⁰Vgl. C.a., 2003/3, Ü 40.

²¹TH, 30.9.2003; *China Post* (Internetausgabe), 14.1.2004.

²²Anfang Dezember waren es genau 496, s. ST, 2.12.2003.

²³Vgl. C.a., 2003/9, Ü 32.

²⁴Vgl. C.a., 2003/6, Ü 39.

²⁵Vgl. C.a., 2003/10, Ü 35.

²⁶Entspricht etwa dem früheren „innerdeutschen Ministerium“.

²⁷S. www.mac.gov.tw/english/english/pos/9211/po9211e.htm. Vgl. auch C.a., 2003/1, S.39f.

Die Antworten lassen sich wie folgt drei Grundeinstellungen zuordnen:

- A) Status-quo-Befürworter (Antworten 1 und 2),
- B) Unabhängigkeitsbefürworter (Antworten 3 und 4),
- C) Wiedervereinigungsbefürworter (Antworten 5 und 6).

Die Werte für die drei Grundpositionen aus den letzten vier Umfragen finden sich in Tabelle 9.

Interessant an diesen Zahlen ist, dass es mindestens seit 1995 niemals so wenige Wiedervereinigungsbefürworter gab wie im November 2003. Seit März 2001, als diese Gruppe auf 24,4% kam, ist sie um die Hälfte geschrumpft.

Auf die Frage: „Würden Sie der Entwicklung auswärtiger Beziehungen zustimmen, wenn dies zu verschärften Spannungen an der Taiwan-Straße führen würde?“ antworteten im November 2003 63,1% mit Ja, so viele wie seit Februar 2002 nicht mehr und ein signifikanter Anstieg vom 54,5% im Juli 2002.

Der Befund korrespondiert mit den Antworten auf eine andere Frage: „Was hat Priorität: die Entwicklung der Beziehungen zu anderen Staaten oder die Entwicklung der Beziehungen mit dem Festland?“ Für „mit anderen Staaten“ entschieden sich im November 2003 39,0% der Befragten – ein historischer Rekord. Für „mit dem Festland“ plädierten 24,1%, so wenige wie seit April 2000 nicht mehr und deutlich weniger als März 2001, als diese Option mit 36,5% der Antworten ihren Spitzenwert erreichte.

Tabelle 9: Grundpositionen der öffentlichen Meinung zur Frage „Wiedervereinigung oder Unabhängigkeit?“, Umfrage vom November 2003 (% , letzte Reihe: Prozentpunkte)

	Dez. 02	Mai 03	Aug. 03	Nov. 03
A	54,8	52,6	51,5	52,8
B	15,9	21,6	21,6	23,0
C	14,5	14,6	15,2	12,2
Differenz B-C	1,4	7,0	6,6	10,8

Quelle: www.mac.gov.tw/english/english/pos/9211/po9211e.htm.

Bereits seit März 2001 waren auch nicht mehr so viele Befragte der Ansicht, „Beijings Feindschaft gegen die Republik China“ richte sich nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen die Bevölkerung. Der Wert, im Februar 2002 mit 38,3% der Befragten auf einem Tiefpunkt, stieg seither kontinuierlich bis auf 52,1%.

Der Pro-Taiwan-Trend bestätigte sich schließlich auch bei der Frage „Lassen sich die Probleme zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße nach der Formel ‚ein Land, zwei Systeme‘ lösen?“ Mit Ja antworteten im November 2003 nur noch 7,4% der Befragten nach 8,3 im August und 10,3 im Mai. Dieser Wert lag zuletzt im Mai 1998 niedriger.

Die aus den Antworten zu den einzelnen Fragen abzulesenden Trends sind in der Tat nicht ausgeprägt, und ihre Dauerhaftigkeit ist ungewiss. Bemerkenswert allerdings ist die einheitliche Richtung. Dass die für 2003 zu konstatierende Stärkung der Pro-Taiwan-Einstellungen in absehbarer Zeit größere Bevölkerungskreise erobern wird,

darf allerdings bezweifelt werden. Die Status-quo-Befürworter stellen seit jeher die große Mehrheit von meist über 50%, denn die Gefahren offenen Unabhängigkeitsstrebens sind den meisten Bürgern gegenwärtig. Ebenso klar ist allerdings auch, dass sich Beijing umso mehr Sympathien verschert, je mehr es Taiwan bedroht. Ein Meinungsumschwung in Richtung Chinaorientierung ist daher noch viel weniger in Sicht.

Wirtschaftsbeziehungen

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Taiwan und dem Festland (ohne Hongkong und Macau) haben sich 2003 weiter intensiviert. Laut taiwanischen Berechnungen gehen mittlerweile 24,3% aller taiwanischen Exporte aufs chinesische Festland (2002: 22,2%); damit ist Taiwan weltweit die am stärksten von China abhängige Volkswirtschaft. Gegenüber China ist Taiwan nach Japan der zweitgrößte Lieferant: Der Anteil an den chinesischen Importen belief sich im Jahr 2003 auf 11,7%.²⁸ Der Handel ist sehr ungleichgewichtig, da die Einfuhren aus China nur etwa bei einem Viertel bis einem Drittel der Ausfuhren liegen.²⁹ Dem chinesischen Handelsministerium zufolge zeichnete sich für 2003 auf Grund der Zahlen vom Januar bis Oktober eine Zunahme des beiderseitigen indirekten Handels (der vorwiegend über Hongkong abgewickelt wird) in Höhe von 25% gegenüber dem Vorjahr auf nunmehr über 50 Mrd. US\$ ab.³⁰

Zahlen zu den taiwanischen Investitionen auf dem Festland im Jahr 2003 sind bislang noch nicht veröffentlicht. Auf der Basis der bereits bekannten Beträge aus dem 1. Halbjahr 2003 lässt sich jedoch vermuten, dass es gegenüber dem Vorjahr erneut eine Steigerung geben wird, wenn auch vermutlich nicht mehr in der spektakulären Höhe wie in manchen Vorjahren, zuletzt 2002.³¹ Nach VR-chinesischen Angaben gab es bei von Beijing genehmigten Investitionsprojekten von Januar bis Oktober 2003 ein Plus von 21,6% gegenüber dem Vorjahr, gemessen an der Investitionssumme taiwanischer Firmen.³² Im Zeitraum Januar-August 2003 lag die Elektro- und Elektronikindustrie mit 24,5% aller von Taiwan genehmigten Festlandsinvestitionen mit Abstand vor allen anderen Branchen, jedoch unter den 32,6% des Durchschnitts der Jahre 1991-2002.³³ Im Vergleich zu den Investitionen, die mit taiwanischem Kapital in anderen Länder getätigt

²⁸Nach Berechnungen des Directorate General of Budget, Accounting and Statistics. CNAT, nach BBC EF, 4.12.2003.

²⁹In den ersten acht Monaten 2003 führte Taiwan nach Schätzungen des Rats für Festlandsfragen chinesische Waren im Wert von 6.656,7 Mio. US\$ ein gegenüber 21.973,4 Mio US\$ an Ausfuhren nach China. Wie hoch die Im- und Exporte wirklich sind, weiß niemand genau, da die VR-chinesischen, die Hongkonger und die taiwanischen Statistiken hierin beträchtlich divergieren. Alle stimmen allerdings darin überein, dass Taiwan einen hohen Handelsüberschuss erzielt. *Cross-Strait Economic Statistics Monthly*, Nr. 132 (Aug. 2003), Tabelle 5, unter: www.chinabiz.org.tw/maz/Eco-Month/home.htm.

³⁰SCMP, 22.12.2003.

³¹*Cross-Strait Economic Statistics Monthly*, Nr. 132 (Aug. 2003), Tabelle 10, unter: www.chinabiz.org.tw/maz/Eco-Month/home.htm.

³²SCMP, 22.12.2003

³³*Cross-Strait Economic Statistics Monthly*, Nr. 132 (Aug. 2003), Tabelle 12, unter: www.chinabiz.org.tw/maz/Eco-Month/home.htm.

wurden, rangierten diejenigen auf dem chinesischen Festland erneut mit großem Abstand vorn: Mit 7,17 Mrd. US\$ machten sie in den Monaten Januar bis November 2003 kumuliert 70,7% aller genehmigten Auslandsinvestitionen aus; 2002 hatte dieser Wert noch bei 66,6% gelegen.³⁴ Demnach wächst nicht nur Taiwans wirtschaftliche Verflechtung mit der VR China, sondern auch die Abhängigkeit vom feindlichen Nachbarn. Beijing förderte 2003 den Prozess der Integration, indem mehrere taiwanische Banken und Versicherungen die Genehmigung erhielten, Tochterunternehmen bzw. Repräsentanzen auf dem Festland zu eröffnen.³⁵

Was wird aus den Direktbeziehungen?

Die Frage stellt sich mit zunehmender Schärfe und vergrößert so das Dilemma, in dem sich die Regierung befindet: Sie muss zwischen privatwirtschaftlich Sinnvollem – und vielfach Gefordertem – einerseits und politisch – vor allem sicherheitspolitisch – Tolerablem entscheiden und kann dergestalt angesichts der oben skizzierten Nichterreichbarkeit direkter Verhandlungen eigentlich nur zwischen zwei Übeln wählen, von denen die wirtschaftlichen Nachteile der derzeitigen Regelung – beim Personen- und Frachtverkehr sind Umwege über Hongkong oder Macau nötig – als das kleinere Übel gelten und vor allem angesichts sicherheitspolitischer Bedenken wohl auch gelten müssen.

2003 kam man jedoch in der Entscheidungsfindung einen großen Schritt voran, als der Rat für Festlandsfragen nach langer Vorarbeit im August eine Folgeabschätzung vorlegte, der die wirtschaftlichen, sicherheitsrelevanten und praktischen Aspekte direkter Verkehrsbeziehungen erörtert und detailliert darlegt, auf welchen Gebieten und warum Taiwan Verhandlungsbedarf hat.³⁶ Eine Zusammenfassung sowie einige Folgetexte aus demselben Themenkreis wurden im Internet publiziert.³⁷

Der Bericht wägt positive und negative Folgen direkter Verkehrsbeziehungen gegeneinander ab und erhebt die Risiken, die es jeder taiwanischen Regierung gebieten, über wichtige Fragen vorab direkte Vereinbarungen mit der Gegenseite zu treffen. Sollte die Opposition den nächsten taiwanischen Präsidenten stellen, wird auch sie sich über die Bedenken, die der Bericht vorträgt, nicht leicht hinwegsetzen können; die Opposition hat zum selben Thema auch keinen eigenen anders lautenden Bericht vorgelegt. Generell wird zwar erwartet, dass China sich nach den kommenden Präsidentenwahlen bewegen und sich Gesprächen gegenüber aufgeschlossener zeigen wird, auch dann wird eine schnelle Lösung der anstehenden Fragen auf Grund ihrer Komplexität jedoch nicht zu erwarten sein.

Zunehmend gedeiht unterdessen der kleine Grenzverkehr zwischen Kinmen (Jinmen, Quemoy) und Xiamen sowie zwischen Matsu (Mazu) und Fuzhou. Trotz mehr als einmonatiger völliger Unterbrechung wegen SARS waren deutliche Zuwächse zu verzeichnen:

Tabelle 10: Entwicklung des kleinen Grenzverkehrs

	2001	2002	2003 (Jan.-Nov.)
Schiffspassagen	182	593	1.156
Passagiere	12.770	29.445	74.605

Quelle: Statistiken des Mainland Affairs Council, www.mac.gov.tw/english/english/csexchan/3link9211.htm.

Der Verkehr zwischen beiden Seiten ist allerdings sehr unausgewogen: Von den 116.820 bis Ende November 2003 beförderten Passagieren waren nur 5.636 Bürger der VR China. Damit wurde ein Ziel, das mit der Einrichtung des Grenzverkehrs angestrebt wurde, bislang weitgehend verfehlt: den abgelegenen Inseln durch Touristen vom Festland Einnahmen zu verschaffen. In den letzten Monaten stieg die Zahl der festländischen Besucher auf Kinmen allerdings auf jeweils über 400 bis über 500 an.

Wahlkampf, Verfassung und Referendum

Taiwan steht vor einer Neuauflage der letzten Präsidentenwahl: Im März 2004 treten die gleichen Kandidaten an wie vor vier Jahren. Gleichwohl sind die Karten anders gemischt, denn der KMT-Kandidat Lien Chan (Lian Zhan) – damals mit 23,1% der Stimmen Dritter – und der PFP-Vorsitzende James Soong (Song Chuyu) – damals mit 36,9% der Stimmen knapper Verlierer – konkurrieren dieses Mal nicht mehr miteinander, sondern treten in einer „blauen“ Allianz gemeinsam gegen den damaligen Sieger Chen Shui-bian an, der mit seinen 39,3% der Stimmen nur deswegen gewählt wurde, weil sich das „blaue Lager“ zersplittert hatte. Nun allerdings schicken die Alliierten den blassen Lien Chan als Hauptkandidaten ins Rennen, anstatt auf James Soong als das zugkräftigere Pferd zu setzen – Soong nämlich ist – entsprechend der geringeren Größe der PFP-Fraktion im Parlament – nur für das weitgehend funktionslose Vizepräsidentenamt vorgesehen. Zunächst sah alles danach aus, dass die blaue Allianz es trotzdem schaffen würde: Die Wirtschaftskompetenz der DPP-Regierung gilt immer noch als schlecht, die Fehler, die sie vor allem im ersten Jahr gemacht hat und zur Rezession des Jahres 2001 beitrugen, hallen bis heute nach; außerdem kann sie nicht, wie sie will, da sie im Parlament keine Mehrheit hat. Würden Lien und sein Partner gewählt, käme endlich wieder eine konsistente gesetzgebende und wirtschaftspolitische Linie zustande. Die Umfrageergebnisse belegten es: Die „blauen“ Kandidaten erhielten größeren Zuspruch.

Dann aber besann sich Präsident Chen auf seine Stärken: Ende September rief er auf, Taiwan bis 2006 eine neue Verfassung zu geben,³⁸ und kaum war – wenn auch in einer kompromisslerisch zusammengestoppelten Fassung – das lang erstrebte Referendumsgesetz da,³⁹ ersann er die Idee, das Volk zu befragen, ob es sich weiter von fest-

³⁴Berechnet nach Statistiken des Wirtschaftsministeriums, 2k3dmz2.moea.gov.tw/gnweb/main.aspx?Page=J, Tabellen E-5 und E-7.

³⁵Xinhua, nach BBC EF, 17.12.2003.

³⁶Vgl. C.a., 2003/8, Ü 32.

³⁷www.mac.gov.tw/english/english/macnews/dlink.htm.

³⁸Vgl. C.a., 2003/9, Ü 33.

³⁹Vgl. C.a., 2003/1, Ü 29.

landschinesischen Raketen bedrohen lassen wolle. Beides erregte nationale wie internationale Aufmerksamkeit. Damit hatte es Chen geschafft, dem Wahlkampf die ihm genehmen Themen aufzuprägen, und zumindest beim Thema Verfassungsrevision stellte sich auch rasch wahlkämpferischer Erfolg ein, insofern Lien Chan nach einigem Hin und Her auf den Zug aufsprang,⁴⁰ sachlich sicher gut beraten, denn Verfassungsidee und staatliche Wirklichkeit klaffen in Taiwan weit auseinander, zudem ist die derzeitige Verfassung auch unter dem Gesichtspunkt der Funktionsfähigkeit des Staates dringend und gründlich reformbedürftig. Verwirrend für die Beobachter blieb allerdings, dass Chen nicht einmal für die eklatantesten Mängel der derzeitigen Verfassung konkrete Alternativvorschläge vorzulegen hatte.

Mit dem Referendumsplan sattelte Chen Shui-bian noch einmal drauf. Doch er könnte überzogen haben. Er weiß, dass es seine Chancen auf eine Wiederwahl mit einiger Wahrscheinlichkeit erhöhen wird, wenn China hörbar grollt. Weniger gut allerdings ist es, die heimliche Schutzmacht Amerika zu vergrätzen. (Siehe auch die Übersicht „Präsident Chens Plan eines 'defensiven Referendums' belastet das Verhältnis zu den USA“ in der Rubrik Taiwan in diesem Heft.) Dort stieß der Referendumsplan auf große Bedenken, und diese Bedenken wurden auch laut geäußert: Die Frage: „Wollen wir uns von chinesischen Raketen bedrohen lassen?“ ist schließlich keine wirkliche Frage, da die Antwort von vornherein feststeht, das angebliche Referendum wäre also in Wahrheit eine Volksresolution mit womöglich gefährlichen Folgen: Das Scheinreferendum würde als Votum des taiwanischen Souveräns keine innere Angelegenheit regeln, sondern in einer Weise nach außen ausstrahlen, die den Status quo tangiert – zu dessen Besonderheiten gehört schließlich, dass das Volk Taiwans nach außen hin eben nicht als Souverän in Erscheinung tritt und treten kann.

Mitte Januar 2004 nun scheint sich die Sache etwas zu entspannen, nachdem der Wortlaut, über den abgestimmt werden soll, vorliegt und sich zeigt, dass Chen offenbar unter dem Eindruck drohenden außenpolitischen Unheils aus einer deklamatorischen Anklage gegen äußere Bedrohung eine Abstimmung zur Verteidigungs- und Verhandlungsbereitschaft machen will, das außenpolitische Anliegen also teilweise gewissermaßen in einer innenpolitischen Form versteckt.⁴¹

Die Opposition – das „blaue“ Lager – ist trotzdem weiterhin dagegen, und aus verständlichen Gründen: Über eine nicht kontroverse Frage abzustimmen, hat keinen Sinn, verursacht aber Kosten; zudem missfällt die Verquickung des Referendums mit der Präsidentenwahl – beides soll am selben Tag durchgeführt werden und die Opposition befürchtet, dass die eine Abstimmung auf die andere abfärben könnte –, drittens schließlich fehlt die gesetzliche Grundlage oder ist zumindest höchst zweifelhaft: Das Referendumsgesetz räumt dem Präsidenten die Macht, eine Volksabstimmung zur Frage der nationalen Unabhängigkeit zu initiieren, nur für den Fall ein, dass Taiwan angegriffen wird („defensives Referendum“). Die bloße Bedrohung ist aber noch kein Angriff. Würde der Oberste

Gerichtshof das Referendumsvorhaben in einem Rechtsguthaben als nicht rechtens erkennen, wäre Chen der Verlierer.

Bis dahin wäre auch der Triumph vergessen, in dem er im November aus Panama und den USA heimkehrte: Nie seit Ende der offiziellen taiwanisch-amerikanischen Beziehungen 1979 wurden einem amtierenden taiwanischen Präsidenten bei einem USA-Aufenthalt so viele Freiheiten eingeräumt; sogleich zog er in der Wählergunst bei Meinungsumfragen mit dem Lien-Soong-Gespann gleich.⁴² Sollte er die freundliche Behandlung durch die USA als Freibrief für eine neue, offener unabhängigkeitsorientierte Politik missverstanden haben? Manches spricht dafür. Schon in der Vergangenheit testete er gern die Grenzen, die einem taiwanischen Staatsoberhaupt im ohnehin heiklen Verhältnis zwischen den USA und China gesetzt sind.

Auch durch andere Entwicklungen durfte sich Chen zu Wagnissen ermutigt fühlen. George W. Bush hatte schon früh deutlich stärkere Sympathien für Taiwan erkennen lassen als sein Amtsvorgänger Clinton. Vor allem schlug sich dies militärisch nieder: in Rüstungsangeboten und deutlich engerer militärischer Kooperation. Beides ist für Taiwans Sicherheit essenziell und muss dies gerade auch für eine Regierung sein, die nicht von China erpresst werden will.

Die Möglichkeit, Volksabstimmungen zu Fragen wie dem Einsatz von Atomenergie durchzuführen, kommt Chen daneben vor allem aus innenpolitischen Gesichtspunkten sehr gelegen: So ließe sich manche Blockade durch die Parlamentsmehrheit umgehen. Jedenfalls theoretisch: Tatsächlich hat die Opposition durch das Referendumsgesetz der Exekutive die Möglichkeit vorenthalten, selbst Volksabstimmungen zu initiieren. Dies kann nur das Parlament mit seiner Mehrheit – und dessen Mehrheit wird im Interesse der eigenen Macht wohl stets darauf verzichten – oder ein prohibitiv hohes Bevölkerungsquorum.

Verfassungssystematisch gesehen wäre es auch nicht wünschenswert, die Macht der regulären Organe von Legislative und Exekutive durch zu viel direkte Demokratie zu lähmen, denn Referenden sind naturgemäß nicht in der Lage, Antworten auf komplexe Probleme zu finden. Viel dringender wären Reformen des Wahlrechts und der Machtverteilung zwischen Legislative und Exekutive. Taiwanische Politikwissenschaftler haben längst Lösungsvorschläge erarbeitet. Bislang fehlte der Wille, sie umzusetzen. Einigkeit zwischen Regierung und Opposition scheint nur darin zu bestehen, das Parlament drastisch zu verkleinern⁴³ – ein wenig überzeugender Schritt, der die parlamentarische Demokratie nicht stärken dürfte, sondern sie in den Augen der Wähler eher herabwürdigt: Wenn gleich eine Hälfte der Volksvertreter überflüssig ist, was ist dann mit der anderen Hälfte? Ökonomische Gesichtspunkte – eine kleine Volksvertretung spart Geld – wiegen hier schwerer als politisch-systematische: Nur ein genügend großes Parlament kann die Arbeitskraft mobilisieren, die zur Ausarbeitung von Gesetzen und zur Kontrolle der Regierung nötig ist.

Chen Shui-bian hat erklärt, das Referendum sei ihm wichtiger als die Wiederwahl. Damit ist nicht ein be-

⁴⁰Vgl. C.a., 2003/10, Ü 28.

⁴¹TT, 17.1.2004.

⁴²Vgl. C.a., 2003/11, Ü 27.

⁴³TT, 3.12.2003.

stimmtes Referendumsergebnis gemeint, denn das steht ohnehin fest – alle wollen schließlich Frieden und Sicherheit. Vielmehr geht es Chen darum, dass alle Welt die Stimme von Taiwans Volk als der eines Souveräns vernimmt. Insofern ist seine Prioritätensetzung durchaus glaubwürdig. Taiwans Souveränität sowie Demokratie und Menschenrechte sind seine großen Themen. Sein Gegenspieler Lien hat Chens Visionen nur gut gemeinte Absichtserklärungen entgegenzusetzen – so bei seinem im Dezember angekündigten Vorhaben, mit China Rüstungskontrollverhandlungen aufnehmen zu wollen⁴⁴ – und er übernimmt ansonsten beim Stimmenangeln in Chen Shui-bians Anhängerschaft auch gern dessen Parolen, so geschehen in Sachen Verfassungsreform sowie bei der Erklärung, Taiwan könne durchaus einmal ein unabhängiger Staat werden.⁴⁵

Sollte sich die KMT unter dem Eindruck der um sich greifenden Taiwanisierungsbewegung dauerhaft (und nicht nur in Wahlkampfzeiten) von ihrer Chinaorientierung lösen und eine politische Stärkung der Taiwan-Identität als Option auch für die eigene Politik anerkennen, wäre dies allerdings ein erstaunlicher Erfolg der Ära Chen Shui-bian. Zudem würde es einen weiteren Schritt zur Konsolidierung der taiwanischen Demokratie darstellen: Es würde den Abschied von der grundlegenden Kontroverse darüber bedeuten, was Taiwan überhaupt ist oder sein will. An deren Stelle würde ein Werben um die politische Mitte treten. Möglich, dass die inflexible chinesische Position, die Taiwan eine Gesprächschance nur gegen den – mindestens formellen – Vorabverzicht auf staatliche Eigenständigkeit gewähren will, eine solche Entwicklung geradezu herbeizwingt.

Dass Lien Chan ein bequemerer Partner (oder Gegner) für Beijing sein wird als Chen Shui-bian im Falle seiner Wiederwahl, ist noch aus einem anderen Grunde nicht ausgemacht: James Soong hat sich schon immer deutlicher als Lien gegen Bevormundung aus Beijing verwahrt und dürfte auch als Vizepräsident die Chinapolitik einer KMT-PFP-Koalitionsregierung mit prägen. Dabei ist Soong keineswegs weniger chinaorientiert. Jedoch sind für ihn China und die kommunistische Herrschaft Zweierlei.

⁴⁴CNAT, nach BBC PF, 18.12.2003.

⁴⁵ST, 17.12., 18.12.2003; TT, 17.12.2003; SCMP, 22.12.2003.